

1999/J XXI.GP
Eingelangt am:01.03.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag.^a Barbara Prammer und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend Abtreibungsklinik „Mairo“

In den letzten Wochen eskalierte in Wien die Auseinandersetzung zwischen Vertretern des Vereins „Ja zum Leben“ und den Betreibern der Wiener Abtreibungsklinik namens "Mairo“. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen, werden beschimpft, verängstigt und einem enormen Spießrutenlauf ausgesetzt in einer Situation, in der sie ohnehin schweren seelischen Belastungen ausgesetzt sind. Die Vertreter des Vereins „Ja zum Leben“ haben nun aufgrund ihrer massiven Vorgangsweise und ihres Bedrohungsszenariums erreicht, dass die Eigentümerin der Wohnung ihnen die Wohnung verkaufte, sodass die Abtreibungsklinik nun Unmieterin des Vereins „Ja zum Leben“ ist. Vertreten wird der Verein „Ja zum Leben“ durch die Kanzlei Böhmdorfer - Gheneff. Rechtsanwältin Huberta Gheneff hat deutlich zu verstehen gegeben, dass hier ein Standpunkt vertreten wird und mit Rechtshilfe unterstützt wird der nicht mit den österreichischen Gesetzen gedeckt ist.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Ist mit dem Vorgehen der Rechtsanwaltskanzlei Böhmdorfer - Gheneff ein deutliches Signal gesetzt, das die Anstrengungen der Regierung in den letzten Monaten bekräftigt, die Schwangerschaftsunterbrechung in Österreich zu erschweren?
2. Die ÖVP hat immer wieder betont, dass die derzeitige Rechtssituation nicht geändert wird, damit die Frauen nicht einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt werden bzw. in die Illegalität getrieben werden. Können Sie, Herr Bundeskanzler, das auch für die Zukunft gewährleisten?
3. Ist sichergestellt, dass alle Frauen in Österreich, die sich zu einer Schwangerschaftsunterbrechung entschließen, diese auch durchführen können oder dulden Sie vermehrte Angriffe und Einschüchterungen von Frauen in dieser Situation?